

Operation Protective Edge

Autor(en): **Serr, Marcel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515549>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Operation Protective Edge

Israels Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen (Juli/August 2014) fand vor dem Hintergrund bedeutender politischer Umwälzungen innerhalb des palästinensischen Lagers statt. Ausserdem hat der jüngste Waffengang eine schwer vorhersehbare Dynamik in den israelisch-palästinensischen Konflikt gebracht.

Marcel Serr

Auslöser der jüngsten militärischen Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt war die Entführung und Ermordung von drei israelischen Jugendlichen durch zwei Araber am 12. Juni 2014 und ein Rachemord an einem 16-jährigen Araber durch israelische Extremisten. In der Folge wurden das Westjordanland und Ost-Jerusalem durch eine Welle gewaltsamer Demonstrationen erschüttert. Schliesslich schwappte die Aggression auf den Gazastreifen über. Die Hamas und weitere islamistische Terrorgruppen intensivierten den Raketenbeschuss auf Israel. Daraufhin entschloss sich Jerusalem zur Durchführung einer Militäroperation im Gazastreifen. Die Operation «Protective Edge» begann am 8. Juli 2014 mit einer Luftschlag-Kampagne der Israeli Air Force (IAF). Nach gescheiterten Waffenstillstandsverhandlungen und der Infiltration Israels durch Hamas-Terroristen in einem Tunnel am 16. Juli starteten die Israel Defense Forces (IDF) eine begrenzte Bodenoffensive im Gazastreifen mit den primären Zielen, die Infiltrationstunnel zu zerstören und den Raketenbeschuss zu beenden. Am 5. August zog Jerusalem seine Truppen zurück. Unterbrochen durch mehrere unstete Feuerpausen setzte die Hamas jedoch ihre Raketenangriffe fort, worauf die IAF mit Luftangriffen reagierte. Dabei wurden auch ranghohe Hamas-Terroristen eliminiert, was die Hamas letztlich aus dem Gleichgewicht brachte. Die hochrangigen Verluste haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Hamas am 26. August einen Waffenstillstand von unbegrenzter Länge akzeptierte.

Die Bilanz

Zweifellos konnte Israel der Hamas schwere Verluste beibringen. Im Rahmen der Operation griffen die IDF 5263 Ziele



Chaled Meshal, politischer Führer der Hamas. Bild: Reuters

im Gazastreifen an und neutralisierten nicht nur hochrangige Hamas-Kämpfer, sondern auch die primären strategischen Waffen der Terrororganisation – «Langstreckenraketen» und Infiltrationstunnel. Von den 4564 Raketen und Mörsergranaten, die die Hamas auf Israel abschossen, schlugen dank des israelischen Raketenabfangsystem Iron-Dome «nur» 224 Projektilen in bewohntes Gebiet ein. Die Anzahl der israelischen Opfer durch Raketen und Mörsergranaten konnte mit zehn Soldaten und sechs Zivilisten relativ gering gehalten werden. Ausserdem zerstörten die IDF 34 Tunnel, die auf israelisches Territorium führten.

Dennoch konnte die Hamas eine Reihe von Teilerfolgen erzielen: Obgleich der Erfolg des Raketenabfangsystems Iron Dome unbestreitbar ist, gelang es der Hamas, durch den häufigeren Einsatz von Raketen mit einer Reichweite von mehr als 70 km einen Grossteil der israelischen Zivilbevölkerung in der Metropolregion um Tel Aviv unter Beschuss zu nehmen. Ausserdem geriet Israels internationaler Flughafen ins Visier. Zwar kam es zu keinem Treffer im Flughafengelände, doch der Flugverkehr wurde an einigen Tagen stark eingeschränkt. Für Israels Wirtschaft und den Tourismussektor waren dies äus-

serst problematische Entwicklungen. Die Infiltrationstunnel der Hamas hatten eine erhebliche psychologische Wirkung. Zum ersten Mal verliessen die Anwohner der Kibbuzim um den Gazastreifen mehrheitlich ihr Zuhause. Das Ausmass der Tunnel und die Reaktion der Bevölkerung stellen eine neue ernstzunehmende Sicherheitsbedrohung für Israel dar. Ferner haben sich die Mörsergranaten als effektives Mittel erwiesen, Israels Iron Dome-System zu umgehen, das Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von Projektilen mit einer Reichweite unter 2 km hat. Die Taktik der Hamas, Zivilisten als Schutzschilder zu missbrauchen, dadurch zivile Verluste zu provozieren und Israel damit als Aggressor darzustellen, ist angesichts zahlreicher internationaler Verurteilungen von Israels Verhalten weitgehend aufgegangen.

Entwicklungen im innerpalästinensischen Konflikt

Die Beziehungen der Hamas zu anderen regionalen Akteuren haben sich seit der letzten militärischen Konfrontation mit Israel im November 2012 (Operation Pillar of Defense) radikal verändert. In Ägypten griff die neue Regierung unter Abd al-Fattah al-Sisi unnachgiebig gegen die Muslimbruderschaft und die Hamas durch. Kairo Vorgehen gegen die Schmuggeltunnel in den Gazastreifen erschütterte die finanzielle Grundlage der Hamas. Seit Oktober 2013 war die Organisation nicht mehr in der Lage, die Gehälter der über 40 000 öffentlichen Angestellten im Gazastreifen auszahlen. Die Hamas musste befürchten, die Kontrolle über den Gazastreifen an konkurrierende Terrororganisationen zu verlieren.

Diese Position der Schwäche bewog die Hamas am 23. April 2014 zur Unterzeichnung eines Versöhnungspaktes mit der Fatah zur Beendigung des seit 2006 herrschenden Konflikts zwischen den bei-

den grössten palästinensischen Fraktionen. Dies mündete am 2. Juni in die Verteidigung einer Einheitsregierung aus parteiunabhängigen Experten, die sowohl über den von der Hamas beherrschten Gazastreifen als auch über die von der Fatah kontrollierte West Bank regieren sollte.

Neue Zuständigkeiten

Bislang kann von einer einheitlichen Regierung beider palästinensischen Gebiete jedoch keine Rede sein, da die Hamas nicht bereit ist, die Kontrolle über den Gazastreifen aufzugeben. Dennoch hat sich deren Ausrichtung verschoben: Formell übertrug die Hamas die Verwaltung und Regierung des Gazastreifens an die neue Regierung in Ramallah. Damit befreite sie sich von der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung Gazas und konnte sich fortan wieder verstärkt auf ihr militantes anti-israelisches «Kerngeschäft» konzentrieren. Insofern hat die Bildung der Einheitsregierung wesentlich zur jüngsten militärischen Eskalation beigetragen.



Israel verfügt mittlerweile über 9 Iron Dome Batterien. Das Raketenabwehrsystem fängt Projektile ab, die in bewohntes Gebiet einschlagen würden. Bild: Israel Defense Forces

Darüber hinaus ist die Lebensdauer des Versöhnungsversuches ohnehin zweifelhaft. Abbas drohte bereits damit, die Einheitsregierung aufzulösen, sollte sich die Hamas mit Blick auf die Kontrolle des Gazastreifens nicht kompromissbereit zeigen. Mitte August wurde zudem bekannt, dass sich die Hamas aktiv darauf vorbereitete, Abbas zu stürzen und in der West Bank die Macht zu übernehmen.

Während die Hamas nach dem militärischen Konflikt im Gazastreifen in erster Linie mit sich selbst beschäftigt ist, gehen Abbas und die Palästinensische Autono-

miebehörde (PA) als die eigentlichen Gewinner auf palästinensischer Seite hervor. Israel und Ägypten betrachten die Autonomiebehörde als die verantwortliche Institution im Gazastreifen. Daher wurde im Waffenstillstandsabkommen festgeschrieben, dass die PA in alle wesentlichen Belange im Gazastreifen involviert wird (Wareneinfuhr, Wiederaufbau, Hilfsgüter, Sicherheit). Fraglich ist allerdings, ob sich dies auch in der Realität umsetzen lässt.

Gleichzeitig versucht Abbas, die Friedensverhandlungen mit Israel wieder anzustossen, die Premierminister Benjamin Netanyahu als Reaktion auf die Einbeziehung der Hamas in die Einheitsregierung ausgesetzt hatte. Abbas forderte Israel auf, einen Vorschlag für die Grenzen eines palästinensischen Staates als Verhandlungsgrundlage vorzulegen. Sollte Israel dem nicht nachkommen, drohte er, sich an den UN-Sicherheitsrat (SR) zu wenden und dort ein Ultimatum für einen israelischen Abzug aus den im Sechstagekrieg (1967) besetzten Gebieten zu erwirken. Sollte der SR dem nicht nachkommen, werde sich Abbas an die Generalversammlung wenden und Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof verklagen. Des Weiteren drohte Abbas an, dass die PA die Zusammenarbeit mit Israel in Sicherheitsfragen beenden und die gesamte Verantwortung über die West Bank an Israel abgeben werde.

Fazit

Damit hat Operation Protective Edge die festgefahrene Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt wieder aufgebrochen und eine schwer kalkulierbare Dynamik ausgelöst – sowohl im Hinblick auf die israelisch-palästinensische Dimension als auch im inner-palästinensischen Bereich. Ende September treffen sich Israel und die Palästinenser zu weiteren Verhandlungen der Waffenstillstandsbedingungen in Kairo. Die Hamas hat schon angekündigt, bei der Nichterfüllung ihrer Forderungen den Kampf wieder aufzunehmen. Es bleibt also vorerst noch abzuwarten, ob die gegenwärtige Ruhe an der Gaza-Front anhält. ■



Marcel Serr
Magister Artium
IL-Jerusalem/Israel

Aus dem Bundeshaus

Das Thema Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (WEA) wird auch 2015 im parlamentarischen Brennpunkt stehen.



Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-SR) hatte sich am 1. Oktober 2014 mittels Anhörungen auf die Behandlung der Botschaft des Bundesrates zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee vom 3. September 2014 vorbereitet und trat auf diese am 10. Oktober ein (14.069). Die SiK-SR erörterte gemäss ihrer Medienmitteilung namentlich die Verfassungsmässigkeit der Vorlage, das Leistungsprofil der Armee, die Erhöhung der Bereitschaft mittels Mobilmachungssystem, die Neugliederung der Führungsorganisation, die Ausbildung einschliesslich Dauer der Rekrutenschule und der Wiederholungskurse, die Gesamtdauer der Diensttage, das Stationierungskonzept, die Rüstungslücken, den künftigen Investitionsbedarf und die Finanzierung der Armee. Im Hinblick auf die Detailberatung am 19./20. Januar 2015 beauftragte die SiK-SR das VBS, ihr vertiefte Informationen vorzulegen. Es geht vor allem um Verfassungsmässigkeit, Aufheben oder Behalten der Verordnung Armeeorganisation (AO), Leistungsprofil der Armee im Zusammenhang mit Finanzbedarf, Beschaffungsplanung, Immobilien, Einsatzdoktrin, Sollbestand und Effektivbestand (mit Durchdienern?) sowie um Varianten zur Führungs- und Truppenorganisation (Anzahl Brigaden?), zur Dauer der Wiederholungskurse und zur Gesamtzahl der Diensttage.

Die SiK-SR beantragte am 4. November, die Motion des Nationalrates für ein «Rüstungsprogramm 2015 plus» abzulehnen (14.3660). Sie zieht den vorgesehenen vierjährigen Zahlungsrahmen und die Erneuerung des Armeematerials mittels der jährlichen Rüstungsprogramme vor und überlässt eine allfällige Zusatzbotschaft dem Bundesrat.

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE